

Kein Grexit: Griechenland im Eurosystem aufbauen

Die neue Regierung in Griechenland mit ihrem Ministerpräsidenten Alexis Tsipras legt einen großen Elan bei der Durchsetzung ihres Wahlprogramms vor: Ende der die ökonomische und soziale Krise vorantreibenden Schrumpfpolitik, Umsetzung eines Sofortprogramms gegen die Armut, Abbau der aus eigener Kraft nicht bewältigbaren Staatsschulden sowie ein Aufbauprogramm für die Wirtschaft. Der Widerstand der bisher in der Troika vereinten EU, EZB und des IWF dagegen ist derzeit groß. Das Interesse an einem ernsthaften Engagement für Griechenland scheint auch wegen des allgemein-politischen Kurswechsels beispielsweise gegenüber der EU- Russland belastet. Da werden auch die Forderungen lauter, Griechenland aus dem Eurosystem zu entlassen. Die Bundesregierung schätzt den Grexit als machbar ein. Bernd Lucke von der AfD will den Staatsschuldenschnitt unter der Bedingung der Wiedereinführung der Drachme. Die Zahl der Rufe nach dem Austritt innerhalb der Wirtschaftswissenschaft wächst. Während der Wahlsieger Axel Tsipras und seine engsten wirtschaftspolitischen Berater den Grexit ausschließen, gibt es allerdings in seinem Linksbündnis auch radikalkritische Anhänger des Euroausstiegs.

Deshalb bleibt die Frage nach den Konsequenzen eines Euroausstiegs Griechenlands und damit die Aufhebung der zum 1.1.1999 vorgenommenen „unwiderruflichen“ Fixierung der Wechselkurse als Basis des Eurosystems.

1. Die bisherigen öffentlichen Finanzhilfen sowie die Darlehen der Banken und Wirtschaft an Griechenland müssten im Zuge der Einführung der strukturell

schwachen Drachme abgeschrieben werden. Da sich knapp 80% der Gläubiger durch die Umschuldungen auf öffentliche Einrichtungen (EU, IWF, ESM) konzentrieren, wären am Ende die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler betroffen. Auf die deutschen Banken entfallen ca. 23 Mrd. € an griechischen Anleihen. Abschreibungen würden dort zu Gewinneinbußen bzw. Verlusten führen.

- Nachdem die Bundesregierung in früheren Krisenphasen das Argument der Ansteckungsgefahr und Eurodestabilisierung hoch gehalten hatte, soll dies heute keine Bedeutung mehr haben. Der Hinweis auf das geschaffene Eurorettungssystem sowie der angekündigte Einsatz der Europäischen Zentralbank im Krisenfall rechtfertigen diesen Meinungswechsel nicht. Ökonomisch ist die Ansteckungsgefahr etwa in Spanien, Portugal und Italien immer noch gegeben. Die über den Grexit möglicherweise infizierten Krisenländer müssten die Rettungsschirme stärker in Anspruch nehmen. Vor allem aber würde die politische Abwertung des gesamten Eurosystems beschleunigt. Allein die Suggestion eines Griechenlandsausstiegs durch die Bundesregierung führte zu einer Abwertung des Eurowechselkurses. Derzeit liegt der Wechselkurs eines US \$ unter der Erstnotierung zum Start am 1.1.1999 mit 1,1747 US \$.

- Die vorherrschende Auffassung der beratenden Wirtschaftswissenschaft zum Grexit ist durch einen naiven Optimismus über die Funktionsweise der Devisenmärkte geprägt. Die bei der Wiedereinführung der Drachme in Griechenland unterstellten Wirkungsketten treffen jedoch nicht zu: Wechselkurse werden schon lange nicht mehr nur von Warenströmen, sondern von grenzübergreifenden Vermögensgeschäften und vor allem Spekulationen getrieben. Aber auch die unterstellten segensreichen Wirkungen einer Abwertung/ Aufwertung halten einer empirischen Überprüfung nicht stand. Das zeigt das Szenario der Wiedereinführung der

Drachme: Die Drachme würde massiv bis zu 40% gegenüber dem heutigen Euro abwerten. Könnten international konkurrenzfähige Wettbewerbsstrukturen unterstellt werden, würden die griechischen Exporteure davon profitieren. So gäbe es für die Lieferung nach Deutschland beim Umtausch der Eurobeträge mehr an Drachmen. Den Preisvorteil kann jedoch Griechenland kaum nutzen. Die Exportwirtschaft, die es kaum noch gibt, muss erst aufgebaut werden. Die jüngste Entwicklung bestätigt der Lohnstückkosten und Wettbewerbsfähigkeit bestätigt die Argumentation: Die Lohnstückkosten (Arbeitskosten pro Stunde bezogen auf die Produktivität je Arbeitsstunde) sind in den Jahren 2011 bis 2014 in Griechenland um fast 13 % gesunken. Die Exporte legten jedoch nicht zu, sondern gingen in den letzten Jahren immer noch um 3 Prozent zurück. In Deutschland sind dagegen die Lohnstückkosten im gleichen Zeitraum um fast 9% gewachsen, jedoch wegen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit die Exporte stark gestiegen. Allerdings sind die direkt wirkenden, schweren Belastungen auf der Importseite durch die Einführung der Drachme unübersehbar. Die Preise für Importe nach Griechenland steigen. Wegen der hohen Importverflechtung droht eine Hyperinflation, die wiederum die Einkommen real abwertet und zur Schwächung der Binnenwirtschaft führen würde. Auch die Lieferung von Ausrüstungsinvestitionen, wie Maschinen, wird im Drachmenland für griechische Unternehmen unbezahlbar.

Der grundlegende Denkfehler der naiven Drachme-Protagonisten ist die Erwartung, auf dieser Basis könne sich Griechenland mit ausreichender, sich selbst regulierender Eigendynamik aus dem tiefen Krisensumpf ziehen. Das Gegenteil ist der Fall. Die Wiedereinführung der Drachme würde Griechenland ökonomisch ins Abseits drängen. Eine dauerhafte Armutsökonomie innerhalb der EU wäre nicht auszuschließen.

Die Vier-Säulen-Strategie ist die Alternative zu dem perspektivlosen Grexit: Erstens muss ein Sofortprogramm gegen die massenhafte Armut eingesetzt werden. Zweitens ist eine Regelung der hohen Staatsschulden notwendig. Entweder es kommt zum machbaren Schuldenerlass, der mit über 80% derzeit öffentliche Kreditgeber trifft, oder die Zahlungsverpflichtungen werden im Rahmen eines Moratoriums ausgesetzt. Drittens muss endlich der gezielte Aufbau einer nachhaltigen, wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstruktur und öffentlichen Infrastruktur im Sinne eines Marschallplans angegangen werden. Viertens ist Griechenland auch aus innerdemokratischen Gründen gut beraten, einen Beitrag zur „good governance“, also zum guten Regierungs- und Verwaltungshandeln auch durch den Abbau von Korruption und Steuerhinterziehung zu leisten.
